

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 12. 31. Jahrg.

22. März 1918.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHTKUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich im Freitage. Abonnementspreis: 1 Mk. vierteljährlich. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3673.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsaßstr. 85-88 III. Redaktionsschluß: Montag, Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schenkenditt, Auguststr. 6-9.

Insertion. Für die viergespaltene Pettzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Wie kann den Kriegsbeschädigten geholfen werden? II. Rundschau. Eine Welle unwiderstehlicher Lebenskraft. — Allgemeines: Aus dem Bulletin. Kampfgewerkschaft oder Unterstützungverein? Ortsberichte: Leipzig. — Photographischer Mitarbeiter: Zu Professor Emmerichs Abgang. — Eingegangene Gelder. — Anzeigen.

Wie kann den Kriegsbeschädigten geholfen werden?

II.

Wir haben in dem ersten Teil unseres Aufsatzes feststellen müssen, wie gewaltig groß schon die Zahl der Kriegsbeschädigten geworden ist, aber auch, wie schwer es heute schon unter dem Zustand des Arbeitermangels dem Kriegsbeschädigten wird, lohnende Arbeit zu finden. An diesen Verhältnissen haben die Gewerkschaften allerdings ein sehr lebhaftes Interesse. Schon mit den ersten Kriegsmonaten erwardte die bange Befürchtung, daß die verwundeten Kriegsteilnehmer von den Unternehmern zum Lohndruck benützt werden könnten. Wir haben schon mehrfach Gelegenheit gehabt, über solche tatsächlich ausgeführten Lohnrückereien berichten zu können. Unter den jetzigen Verhältnissen werden das immerhin Ausnahmen sein. Anders aber nach dem Kriege. Dann drückt das Meer der Kriegsbeschädigten, das leider jetzt nach Hunderttausenden zählt, schwer auf den Arbeitsmarkt und damit auf die Arbeitsverhältnisse.

Es ist die geheime Hoffnung der Unternehmer. Sie rechnen geradezu auf diese Kriegsbeschädigten, um mit ihrer Hilfe die Löhne herabdrücken zu können. Als ein großzügiger Versuch, in dieser Richtung zu wirken, hat sich die Gründung der Essener Kriegsbeschädigten-Organisation erwiesen. Allmählich war es der uner müdlichen Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften gelungen, die gelbe Werkvereinsbewegung zur Bedeutungslosigkeit zu verurteilen. Das Riesenkapi tal, das Unternehmer dafür aufgewendet hatten, schien verloren. Mit den Kriegsbeschädigten hoffte man das Schiff wieder flott zu machen. Daher die reichen Zuwendungen, die durch sogenannte private »Wohlthätigkeit« der Essener Gründung von Anfang an gegeben wurden und jetzt auch noch zufließen. Ach, es ist krasserster Eigennutz, der die Spender im allgemeinen beseelt; sie rechnen darauf, daß sich diese wohlthätig gespendeten Summen reichlich verzinsen. Und die Praxis dieser Organisation berechtigt sie zu den schönsten Hoffnungen, — wenn nicht die bösen Gewerkschaften wieder die schöne Harmonie stören. Denn schon haben sich die Essener gegen Lohnerhöhungen gewandt, haben sich direkt durch Eingabe an Behörden gegen die Erhöhung der Renten der Kriegsbeschädigten gewandt. Ist das nicht ein prächtiges Erziehungsergebnis im Sinne der Interessen der Unternehmer? So machen sich die reichlichsten »wohlthätigen« Spenden gut bezahlt. Aber auch bei Wahlen ist diese Organisation bereits gegen Arbeiterpartei und Gewerkschaften öffentlich aufgetreten. Fürwahr, höher gehts nimmer!

Kein Zweifel, daß die Gewerkschaften die Pflicht haben, dagegen anzukämpfen. Nur werden sie es auf dem bisherigen Wege kaum können.

Als die Idee der Gründung einer besonderen Kriegsbeschädigten- und Kriegsteilnehmer-Organisation auftauchte, da war die Stimmung in den Gewerkschaften recht allgemein dagegen. Auch die Mehrzahl der Feldgrauen, die in den Gewerkschaftszeitungen zum Teil reichlich zu Worte kamen, lehnten diese Organisation als Zersplitterung der Arbeiterbewegung ab. In den Vorstandskonferenzen der deutschen Gewerkschaften wurde keine Entscheidung getroffen; immer wieder vertagte man den endgültigen Beschluß. Die Verhältnisse erschienen noch nicht genügend ausgereift. Wer wollte den verantwortlichen Personen daraus einen Vorwurf machen? Jeder Irrtum in bezug auf die Voraussetzungen für eine solche Gründung hätte die dahinter stehenden Gewerkschaftsorganisationen getroffen; darum wartete man lieber die Weiterentwicklung der Verhältnisse ab.

Wir hatten in der Nr. 17 der »Graphischen Presse« im April vorigen Jahres zu diesem Problem Stellung genommen. Ein Jahr der Entwicklung hat uns in einigen Punkten recht, in anderen aber unrecht gegeben. Wir wandten uns damals besonders lebhaft gegen den Gedanken, der auch für die gesunden Kriegsteilnehmer die Notwendigkeit des organisatorischen Zusammenschlusses befürwortete. Für sie bestritten wir die wirtschaftlichen Aufgaben, sie bezeichneten wir als eine Gründung, die alle Keime einer unsozialistischen Spießorganisation an sich hätte. Dann sagten wir weiter:

»Für die Kriegsbeschädigten allein ließe sich die Notwendigkeit einer besonderen Organisation eventuell begreifen, — —« nur wollten wir die Sorge für sie den Gewerkschaften zugewiesen haben. Im Gegensatz dazu standen damals *Wissel* und *Barthel*. Der erstere lehnte im Interesse der Gewerkschaften die Organisation der Kriegsbeschädigten gänzlich ab, ließ aber die der Kriegsteilnehmer offen, während *Barthel* beides empfahl.

Nun ist damals trotzdem eine proletarische Kriegsbeschädigten- und Kriegsteilnehmer-Organisation gegründet worden. Ihren Sitz hat diese Organisation in Berlin. Neben dem wirtschaftlichen und rechtlichen Schutz der Mitglieder hat sie sich die Verteidigung und Eringung politischer Rechte zur Aufgabe gemacht, sucht sie durch Schaffung von Unterstützungseinrichtungen die ärgste Not zu lindern und durch Einrichtungen und Veranstaltungen Geselligkeit und Kameradschaft zu fördern. In der Tat ein weitgehendes Programm. Einstweilen ist aber der Organisation durch Verbot des Generalkommandos eine erhebliche Einschränkung widerfahren, insofern, als den Kriegsteilnehmern, soweit sie noch im militärischen Dienstverhältnis stehen, der Beitritt zu dieser Organisation verboten wurde. Damit ist sie zu einer reinen Kriegsbeschädigten-Organisation geworden. Als solche hat sie nun einen überraschenden Aufschwung genommen. Nicht unwesentliches Verdienst hat daran die behördliche Einmischung, (wie immer!) und dann das brutale

Verhalten der Vaterlandsparteiler gegen die von ihnen eingeladenen Kriegsbeschädigten in jener Versammlung im Lehrervereinshaus in Berlin. So erklärt sich teilweise das treibhausmäßige Wachstum.

Aber auch die Tätigkeit dieser Organisation entwickelte sich nun in etwas anderer Weise, als es wohl den Gründern vorgeschwebt haben mag. Jedenfalls gingen die Gewerkschaften von der Ansicht aus, daß es in erster Linie wirtschaftliche Sorgen seien, um deren Abstellung die Kriegsbeschädigten ringen, Sorgen, die aus Differenzen mit Unternehmern entstehen, die sich infolge ihrer Beschädigung ergeben. Alle diese Nöte abzustellen, müßte die Aufgabe der Gewerkschaften bleiben. Auch wir gingen von dieser Auffassung aus. Doch es kam anders.

Zweifellos haben sich unsere Gewerkschaftsfunktionäre und Arbeitersekretäre dieser neuen Betätigung für den Schutz der Kriegsbeschädigten mit großer Liebe und vielem Fleiße unterzogen. Doch mit der zunehmenden Länge des Krieges wurde ihre Zahl immer kleiner, die Opfer des Krieges und damit die Rat und Hilfe Suchenden immer mehr. Damit wuchs die Überlastung der Arbeitersekretäre und Funktionäre. Hinzu kommt noch, daß neben diesen Aufgaben fast unerschöpflich viel andere Betätigungen in der Kriegszeit den Gewerkschaften zugewiesen wurden. Sie können sich nicht mehr wie bisher in ein Gebiet hinein arbeiten, daß zum Teil weit abseits ihrer bisherigen Betätigung liegt. Wohl sind es wirtschaftliche Sorgen der Kriegsbeschädigten, die es zu bekämpfen gilt, aber sie liegen nicht rein auf dem Gebiet der gewerblichen Arbeit.

Die Not vieler schwer Kriegsbeschädigten, besonders derjenigen, die durch ihre Krankheit oder Verletzung aus Beruf und gewohnter Arbeit geworfen wurden, ist teilweise geradezu entsetzlich. Der Gewerkschaftsgenosse, sei es Arbeitsnachweisverwalter oder Verbandsfunktionär, kann im allgemeinen doch nur dem zur Seite stehen, der im selben Beruf arbeitsfähig ist. Wer für den Beruf nicht mehr verwendungsfähig ist, dem kann er schwer helfen. Gerade der der Hilfe am ehesten bedürftig ist, ist hier mehr oder weniger auf die Hilfe fremder, bürgerlicher Menschenfreunde angewiesen. Hier klappt eine breite Lücke, die nur von einer besonderen Kriegsbeschädigten-Organisation ausgefüllt werden kann.

Nun sind es ja nicht nur berufliche Sorgen, die den Kriegsbeschädigten erfüllen. Er kämpft um seine Rente, um Heilverfahren, um den Ersatz künstlicher Glieder, um Unterstützung für sich und die Angehörigen, um Erleichterungen in Gemeinde, Gesellschaft und Staat. Er braucht rechtlichen Rat und Schutz in Fragen, die von den Berufskollegen gar nicht, von dem Arbeitersekretär häufig nur schwer beantwortet werden können; besonders dann nicht, wenn es sich um Auseinandersetzung mit militärischen Ämtern irgend welcher Art handelt.

Der Bund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer hat in vielen Orten Rechtsauskunftstellen eingerichtet, die vielfach von Kriegsbeschädigten selbst geleitet

werden. In Berlin haben diese außerordentlich umfangreiche und dankbare Arbeit zwei kriegsbeschädigte Rechtsanwälte übernommen. Ganz naturgemäß müssen diese Rechtsberater der Kriegsbeschädigten sich praktische Spezialkenntnisse aneignen, die von anderen, die auf vielseitigerem Gebiete tätig sind, niemals zu erreichen sind. Tatsächlich werden diese Rechtsauskunftsstellen außerordentlich stark besudt; sie sind zu einem dringenden Bedürfnis geworden. Das Vertrauen zu diesen auskunftgebenden Personen ist größer, als zu einer beliebigen anderen, die vielleicht den feidgrauen Rock noch nicht angehabt hat.

Dieser Kriegsbeschädigten-Bund hat nun, nicht nur in seinen Satzungen, sondern auch in seiner praktischen Arbeit, durchaus bewiesen, daß er gewillt ist, mit den Gewerkschaften Hand in Hand zu arbeiten. In seiner Leitung sitzen heute viele bewährte Gewerkschaftsvertreter. Rein berufliche Angelegenheiten werden im allgemeinen der betreffenden Gewerkschaft zugewiesen. In dieser Form haben wir eine Organisation vor uns, die eine durch den Krieg notwendig gewordene Ergänzung der wirtschaftlichen Aufgaben der Arbeiterklasse auszuführen hat. Es ist eine Arbeitsteilung eingetreten, die den jetzt geradezu überlasteten Gewerkschaften wohl zu gönnen ist, den Kriegsbeschädigten aber um so sicherer die Linderung ihrer Sorgen bringen kann.

Wir haben immer noch in dem Kriegsbeschädigten-Bund eine in der Entwicklung befindliche Organisation vor uns. Ehe nicht der Krieg selbst beendet ist, ehe nicht alle Zwangskenntnisse fallen, läßt sich über Form und Charakter des Bundes ein entgeltliches Urteil nicht fällen. So konnte er bisher seine Aufgaben, die er sich für die unbeschädigten Kriegsteilnehmer gesetzt hatte, nicht aufnehmen. Wie weit er geeignet ist spezielle politische Interessen seiner Mitglieder zu vertreten, muß gleichfalls die Zukunft lehren.

Doch so, wie er heute besteht, erscheint er uns als eine brauchbare Organisationsform, die geeignet ist, den Kriegsbeschädigten Hilfe und Schutz zu gewähren, in einem Maße, wie ihn die Gewerkschaften heute nicht mehr gewähren können. Bestände er noch nicht, wir wären wohl gezwungen einen Bund der Kriegsbeschädigten zu schaffen, der, wie der bestehende, auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht. Das Bedürfnis ist, trotz aller theoretischen Bedenken, bewiesen durch die verderbliche Wirksamkeit des gelben Essener Bundes und durch den Masseneintritt der Kriegsbeschädigten in den Berliner »Bund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer«. Durch ihn kann wohl den Kriegsbeschädigten weitgehend geholfen werden.

Rundschau.

Eine Gewerkschaft wird ihre Aufgaben und Zwecke um so gründlicher erreichen, je stärker sie ist, das heißt je mehr Arbeitsgenossen aus dem gleichen Arbeitszweige sie umfaßt, je geschickter ihre Leitung ist, je gefüllter ihre Kassen sind. Alsdann ist auch schon ihre moralische Macht so stark, daß viele Zumutungen gegen die Arbeiter unterbleiben, die andernfalls gestellt würden. Die bloße Existenz einer starken Gewerkschaft ist eine Mahnung an den Unternehmer, die Saiten nicht zu straff zu spannen; da ferner in der Fabrik und im gewerblichen Betriebe Arbeiter ohne Unterschied der religiösen und politischen Überzeugung, oft auch von verschiedener Nationalität beschäftigt werden, so muß die Gewerkschaft ihre Mitglieder ohne Rücksicht auf religiöse oder politische Meinungen und nationale Abstammung aufnehmen. Zusammenschließen aller vorhandenen Gewerkschaftsmitglieder in eine Organisation muß das erste Gebot ihrer Politik sein, denn ohne Befolgung dieses Grundsatzes kann sie ihre Aufgabe nicht oder nur ungenügend erfüllen.

August Bebel.

57000 neue Mitglieder. Das Jahr 1917 hat dem Bergarbeiterverband mehr als eine Verdoppelung seiner Mitgliederzahl gebracht! Mit 53404 Mitglieder trat er (ohne Berücksichtigung der im Heere befindlichen) in das verfllossene Jahr ein. Am Jahreschluß musterte er 110454, also ein Mehr von 57050!

Über 400000 Mitglieder hat der Metallarbeiterverband wieder erreicht. Es geht unaufhaltsam vorwärts mit der Gewerkschaftsbewegung.

Nachträgliche Rechtfertigung des großen Streiks. Die Zeitungen Kassels bringen aus dem benachbarten kleinen Dorfe Schredsbach folgende Notiz: »Tausend Pfund Speck lieferte unser Dorf für die nicht am Streik beteiligten Schwerarbeiter Kassels.« Woher hat ein solches Nest plötzlich 1000 Pfund Speck? Die Ablieferung dieser ungeheuren Menge beweist, daß die Bauern in der Ablieferung der Lebensmittel gestreikt haben, ehe die Industriearbeiter streikten. Hätten die Bauern bei Zeiten ehrlich abgeliefert, wäre es wahrscheinlich nie zu den Ausfällen gekommen. Ihre Begeisterung für die Munitionsarbeiter, die weiter gearbeitet haben, zeigte lediglich, daß sie selber wissen, wie unverantwortlich sie an Deutschland mit ihrer Verweigerung der notwendigen Lebensmittellieferungen handeln.

Ortskartelle der Unternehmerverbände. Der Deutsche Industrieschutzverband plädiert in seinem »Mittellungsblatt« für die Gründung örtlicher Kartelle der Unternehmerorganisationen, um zu verhindern, daß in den paritätischen Vertretungen die Arbeitgeber durch Sozialdemokraten vertreten werden. In vielen Gewerbebezirken, Versicherungsbehörden usw. seien sozialdemokratische Arbeitgeberbesitzer gewählt, meist durch den Einfluß der Gewerkschaftskartelle, und das angekündigte Arbeitskammergesetz werde gleichfalls eine Anzahl von Organen von tiefeinschneidender Bedeutung für die Arbeitgeber schaffen. Die Gewerkschaften werden es sicherlich begrüßen, wenn das Unternehmertum sich auf der ganzen Linie an der Mitarbeit in den paritätischen Körperschaften beteiligen will, vorausgesetzt, daß es damit wirklich die Aufgaben dieser sozialpolitischen Einrichtungen fördern will.

Wiedereinführung der Krankenunterstützung im Textilarbeiterverband. Der Vorstand des Textilarbeiterverbandes gibt bekannt, daß laut Beschluß der Gauleiterkonferenz im Januar dieses Jahres die Krankenunterstützung vom 1. April 1918 in beschränkter Form, und zwar zu den gegenwärtigen Sätzen der Arbeitslosenunterstützung (halbe statutarische Sätze) auf die Dauer von vier Wochen zur Einführung gelangt.

Arbeitslosenunterstützung in Berlin. Bei einer Beratung von Vertretern Groß-Berliner Gemeinden herrschte Einstimmigkeit darüber, daß für die erste Zeit nach dem Kriege eine Arbeitslosenunterstützung im Wege der Versicherung nicht möglich sei, daß vielmehr im Wege der Arbeitslosenunterstützungen nach dem während des Krieges geschaffenen Vorbilde unter weitgehender Beihilfe des Reiches und Staates in Notfällen Abhilfe geschaffen werden müsse.

Generalversammlung des Notenstehergehilfenverbandes. Der Notenstehergehilfenverband beschloß in der Generalversammlung vom 23. Februar 1918 in Leipzig, die alten statutarischen Sätze der Krankenunterstützung vor dem Kriege wieder einzuführen, wöchentlich 9, 13,50 und 18 Mk. Unterstützung. Ferner kommt eine wöchentliche Beitragserhöhung von 15 Pf. vom 1. April an zur Einführung. Aus dem Rechenschaftsbericht ist zu entnehmen: Einnahme 12713 Mk., Ausgabe 17369 Mk. An Krankenunterstützung wurden gezahlt 3126 Mk., an Invalidenunterstützung 4230 Mk., an Sterbegeld und Witwenunterstützung 5660 Mk., an Arbeitslosenunterstützung 536 Mk. Zurzeit sind noch 177 Mitglieder vorhanden. 1917 wurde in fast allen Firmen verkürzt gearbeitet, täglich 7 Stunden. Auch das neue Geschäftsjahr bringt erneut Arbeitsverkürzung und teilweise gänzliche Arbeitslosigkeit für eine größere Anzahl der Mitglieder.

Ein Kriegsverbandstag des Kürschnerverbandes. Der Verband der Kürschner hielt in den Tagen vom 25. bis 27. Februar in Hamburg einen außerordentlichen Verbandstag ab. Aus dem vom Verbandsvorsitzenden Oelsner erstatteten Tätigkeitsbericht sei folgendes erwähnt: Am Schluß des Jahres 1916 zählte der Verband in 32 Filialen 877 männliche und 700 weibliche zusammen 1577 Mitglieder. Am Schluß des Jahres 1917 waren in 27 Filialen noch 764 männliche und 686 weibliche Mitglieder. Der Mitgliederbestand vor Ausbruch des Krieges, am Schluß des 2. Quartals 1914, betrug 2776 männliche und 1225 weibliche, zusammen 4001 Mitglieder.

Ein Berliner Antrag, der sich gegen die Politik des 4. August und gegen die Haltung der Generalkommission wandte, wurde nach lebhafter Debatte mit 13 gegen 6 Stimmen angenommen. — Zur Statutenänderung ergab die Aussprache, daß die Delegierten einer Beitragserhöhung einstimmig zustimmten. Die Unterstützungen werden der neuen Beitragshöhe angepaßt, so daß für Kampfszwecke auch noch eine größere Summe erzielt wird. Die Erwerbslosenunterstützung wird in doppelter Höhe wie bisher gezahlt, die Krankenunterstützung bleibt in alter Höhe bestehen. Am 1. Juli 1918 sollen die erhöhten Beiträge und am 1. Januar 1919 die erhöhten Unterstützungssätze in Kraft treten. Über die Redaktion der Verbandszeitung, »Der Kürschner«, gab Redakteur Regge Bericht, der infolge Einwirkens des Vorstandes seine Stellung gekündigt hatte. Nach kurzer Debatte wurde beschlossen, daß der »Kürschner« in der bisherigen Form bestehen bleibt und Regge die Redaktion auch weiter wie seit Dezember 1917

im Nebenamte führt. Am 1. Januar 1919 soll der Sitz des Verbandes nach Leipzig verlegt werden. Die Vorstandswahl gestaltete sich ziemlich schwierig, da der Vorsitzende Oelsner die Wiederwahl ablehnte. Endlich beschloß man, den vakanten Vorstandsposten auszuschreiben und nach den eingegangenen Offerten die Wahl zu treffen.

Eine Welle unverwüthlicher Lebenskraft.

Im »Correspondenzblatt« der Generalkommission behandelt Paul Umbreit: »Gewerkschaftliche Fragen zur Übergangswirtschaft«. Dabei kommt er zu Schlußfolgerungen, die uns zur Zeit auch für unsere Verbandsarbeit beachtenswert erscheinen. Indem wir auf die Wichtigkeit des ganzen Artikels hinweisen, der in den Nr. 6, 7 und 8 des Correspondenzblattes erschienen ist, bringen wir den zusammenfassenden Schluß zum Abdruck:

»Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, auch unsere Gewerkschaften für den kommenden Frieden vorzubereiten. Die Organisationsleiter und Funktionäre müssen sich erstlich die Frage vorlegen, ob auch ihrerseits schon alles geschehen ist, um die Rückführung der Millionen Arbeiter und Angestellten, die heute noch im Heeresdienst stehen, in das Organisationsleben vorzubereiten. Gewiß müssen sich die Gewerkschaften an der Lösung der öffentlichen Aufgaben der Übergangswirtschaft beteiligen und darauf den möglichst weitgehendsten Einfluß zu erlangen trachten. Aber sie müssen auch an ihre eigentliche Mission denken, eine Schutzwehr für die Arbeiterschaft zu sein, und dafür sorgen, daß diese Schutzwehr ebenso wie unsere militärische im Kriege, jedem Ansturm standhält. Das ist um so dringender notwendig, als man sich in den Kreisen des Unternehmertums ganz offensichtlich auf Zusammenstöße mit der Arbeiterschaft rüstet, die sich auch zweifellos aus dem Mißverhältnis zwischen dem starken wirtschaftlichen Druck und den hohen Lebenshaltungskosten während der Übergangszeit ganz von selbst ergeben. So wenig den Gewerkschaften daran liegen kann, in dieser für unsere Volkswirtschaft so überaus schwierigen Zeit größere Kämpfe zu führen, so schwer werden sich dem stürmischen Drängen der Arbeiterschaft nach auskömmlichen Löhnen und den daraus entspringenden Kämpfen entziehen können, wenn nicht auch von seiten des Unternehmertums auf einen billigen und friedlichen Ausgleich hingewirkt wird. Wir erwarten, daß die Staatsgewalt nichts unversucht lassen wird, um durch Schlichtungsstellen, Einigungsämter und Reichseinigungsamt auf eine friedliche Beilegung der Differenzen hinzuwirken. Wir dürfen indes nicht vergessen, daß der gewerbliche Frieden allezeit am besten gewahrt wird durch starke Organisationen die auch dem Gegner Achtung aufnötigen, und diese Kampfbereitschaft in den Gewerkschaften zu schaffen, ist unsere dringendste Aufgabe. Ein Teil unserer Gewerkschaften ist gegenwärtig daran, die Beiträge mit den künftigen Erfordernissen in Einklang zu bringen. Wo es noch nicht geschehen ist, darf keine Zeit zur Nachholung versäumt werden. Dabei ist besonders Gewicht auf die Stärkung der Kampffront und auf die zeitgemäße Entwicklung der Kampfunterstützungen zu legen. Die engeren Beziehungen, die der K.ig zwischen den verschiedenen Gewerkschafts- und Angestelltengruppen geschaffen hat, dürfen nach dem Kriege nicht wieder zerrissen werden, sondern sie sind zu pflegen und derart auszugestalten, daß ein gemeinsames Vorgehen in allen Lohn- und Arbeitsdifferenzen möglich, ja sicher ist. Das legt uns manche Zurückhaltung auf, besonders bei politischen Gegensätzen, die in dieser Zeit politischer Massenstreiks sich leicht wieder einstellen können. In den gewerkschaftlichen Kämpfen darf es hinfort nur eine einzige Kampffront der Arbeiterschaft geben. Endlich muß alles vorbereitet werden, um die Werbearbeit mit Beginn der Demobilisierung in größtem Maßstabe aufnehmen zu können. Gewerkschaften, die sich ihre Beziehungen zu den Berufsgenossen im Heeresdienst bewahrt haben, können vieles vorgehen tun. Jedenfalls muß von unseren Gewerkschaften beim Eintritt des Friedens eine Welle unverwüthlicher Lebenskraft ausströmen, die alle auf den Arbeitsmarkt zurückflutenden Arbeitermassen in ihren Bann reißt. Durch Agitation in Wort und Schrift, durch Handzettel, Plakate und durch die Presse muß auf die Gewerkschaften, auf ihre Rechtshilfe und Unterstützungen, auf ihre Bureaus, Arbeitsnachweise und Tarifverträge hingewiesen werden. Die günstige Position, die sich die Gewerkschaften während des Krieges geschaffen haben, das große Ansehen, das sie sich bei Freund und Gegner erzwangen, kommen ihnen dabei zu Hilfe. Geht es uns, binnen kürzester Frist nach Friedensschluß unsere früheren Mitgliederzahlen wieder zu erreichen, vielleicht nicht für jede einzelne Gewerkschaft, aber für die Gewerkschaftsbewegung als Ganzes, so haben wir wieder festen Boden unter den Füßen und wir können der Entwicklung der Dinge in der kommenden Übergangswirtschaft zwar nicht in beschaudlicher Ruhe aber doch ohne ernste Besorgnis entgegensehen!«

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Aus dem Bulletin

des internationalen Bundes der Lithographen, Steindruck- und verwandten Berufe entnehmen wir folgende Berichte:

Internationale Übersicht von 1916. Der diesmalige Jahresbericht umfaßt trotz wiederholter Mahnung nur die Landesorganisationen: Deutschland, Holland, Italien, Österreich, Schweden, Schweiz und Ungarn. Die übrigen international angeschlossenen Organisationen haben einen Bericht nicht eingesandt.

Nach den eingegangenen Berichten ist nur in Deutschland und Österreich-Ungarn die Mitgliederzahl weiter zurückgegangen. Wir führen neben den Zahlen von 1916 auch die vom Jahre 1915 zum Vergleiche mit an. Es hatten Ende 1916 Mitglieder: Deutschland 532 (6353), Holland 1393 (1290), Italien 1353 (1265), Österreich-Senefelder-Bund 1476 (1678), Österreich, Photographen 108 (226), Schweden 263 (262), Schweiz 983 (960), Ungarn 201 (323). Die Jahreseinnahme betrug in Deutschland 349 688 Mark; Holland 19 323 Gulden; Italien 45 842 Lire; Österreich (S.-B.) 99 148 Kronen; Österreich (Photogr.) 1780 Kronen; Schweden 10 640 Kronen; der Schweiz 96 220 Frank und Ungarn 22 240 Kronen. Die Ausgaben an Unterstützungen betragen: in Deutschland 10 825 Mark; Holland 11 489 Gulden; Italien 19 954 Lire; Österreich (S.-B.) 64 844 Kronen; Österreich (Photogr.) 203 Kronen; Schweden 2 297 Kronen; der Schweiz 47 695 Frank und Ungarn 9 948 Kronen. Unter diesen Unterstützungsausgaben sind für Streiks ausgegeben: in Deutschland 350 Mark; Italien 633 Lire; und der Schweiz 5 775 Frank. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Jahre 1916 allgemein zurückgegangen. Wir geben die Zahlen für Arbeitslosenunterstützung von 1916 und in Klammern, wie oben, die von 1915 an. An Arbeitslosenunterstützung wurden ausgegeben: in Deutschland 14 411 Mark (53 615); Holland 2 297 Gulden (1893); Italien 1 108 Lire (26 343); Österreich (S.-B.) 5 069 Kronen (27 265); Österreich (Photogr.) 65 Kronen (30); Schweden 770 Kronen (1 168); der Schweiz 10 880 Frank (27 055) und Ungarn 587 Kronen. Der Vermögensbestand hat sich in den Landesorganisationen fast allgemein gehoben. Nur in den beiden österreichischen Landesorganisationen ist er ein wenig zurückgegangen. Wir fügen auch hier den Vermögensbestand vom Schluß des Jahres 1916 und eingeklammert das Vermögen vom Jahre 1915 an. Es hatten an Vermögen die Landesorganisationen: in Deutschland 398 374 Mark (290 910); Holland 29 621 Gulden (17 714); Italien 95 627 Lire (75 428); Österreich (S.-B.) 275 151 Kronen (275 748); Österreich (Photogr.) 7 383 Kronen (7 656); Schweden 15 074 Kronen (13 110); der Schweiz 281 582 Frank (248 246) und Ungarn 98 469 Kronen. Über Lohnbewegungen und Streiks wurde berichtet: aus Deutschland ein Streik mit 6 Personen erfolglos ebenso eine Bewegung ohne Streik erfolglos und 5 Bewegungen ohne Streiks erfolgreich; aus Holland eine Bewegung ohne Streik mit 425 Personen erfolgreich; aus Italien eine Bewegung mit Streik erfolgreich; aus der Schweiz 33 Tarifbewegungen mit 167 Personen mit Streik erfolgreich und 59 Tarifbewegungen mit 395 Personen ohne Streik erfolgreich.

Österreich. Der österreichische Senefelder-Bund hielt am 8. und 9. Dezember in Wien eine Konferenz des Zentralausschusses mit den Vertretern aus Graz, Reichenbach, Teplitz, Innsbruck und Wien ab. Triest hatte keine Vertretung entsandt, ebenso die Organisationsleitung für Mähren und Schlesien. Zunächst wurden die Lohnverhältnisse besprochen und beschlossen, in allen Orten den Verhältnissen angepaßte Lohnerhöhungen zu fordern. Im weiteren wurde der Rückgang des Mitgliederstandes und auch der damit verbundene Rückgang in den Mitgliederbeiträgen besprochen, wie er sich infolge der Einziehungen zum Militär zeigte. Um diesen Rückgang in den Kassenverhältnissen auszugleichen, wurde beschlossen, bis zur nächsten Generalversammlung eine außerordentliche Beitragserhöhung von 80 Heller in der I. Klasse für Gehilfenmitglieder durchzusetzen. Vom 1. Januar 1918 an haben alle Gehilfenmitglieder 2,60 Kronen Beitrag pro Woche zu leisten, sowie 1 Heller pro Lohnkorne Wochenverdienst abzuführen. Nichtbezugsberechtigte arbeitslose oder ausgesteuerte Mitglieder haben 1,30 Kronen pro Woche zu zahlen. Über die Höhe der später zu zahlenden Beiträge hat dann die nächste Verbandsgeneralversammlung zu entscheiden.

Rußland. Lohnbewegung der lithographischen Arbeiter in Warschau. Am 2. Juli traten, wie die »Gazeta Poranna« vom 2. Juli mitteilt, die Arbeiter der lithographischen Anstalten teilweise in den Ausstand und forderten Lohnerhöhungen im Verhältnis von 20-40 Proz. der bisherigen Bezüge. Dank der Verständigung des Lithographenverbandes mit dem Vorstände der Gruppe der Drucker und Lithographen Unternehmer bei der Gesellschaft der Industriellen des Königreichs Polen wurde

der Ausstand am 16. Juli beigelegt. Die lithographischen Arbeiter erhielten eine Lohnerhöhung von 20 Proz. der früheren Bezüge; für die Strelkzeit wurde nichts gezahlt.

Zusammenlegung graphischer Verbände. Am 10. Februar dieses Jahres beschloß der Lithographen- und Steindruckerverband in Warschau, sich der Gewerkschaft der Buchdrucker anzuschließen. An dem gleichen Tage faßten auch die Buchbinder, die bisher gemeinsam mit ihren Arbeitgebern in einer Zunft organisiert waren, den einstimmigen Beschluß, aus dieser auszutreten und der Gewerkschaft der Buchdrucker beizutreten.

Kampfgewerkschaft oder Unterstützungsverein?

Zur Urabstimmung.

Der Hauptvorstand hat eine Urabstimmung über Beitragserhöhung ausgeschrieben. Für die meisten der Kollegen war es eine Überraschung, denn man glaubte mit Recht, daß unser Beitrag keine Erhöhung mehr rechtfertigt. Für Kenner der Gewerkschaftsverhältnisse war dies keine Überraschung, denn man ist es nachgerade gewöhnt, daß man mit untauglichen Mitteln an eine faule Sache herangeht. Die Begründung des Hauptvorstandes ist so lendenlahm, daß man wohl einsieht, daß man auf verlorenem Posten kämpft — und mit dem besten Willen die Kollegen nicht überzeugen kann. Es soll der Beitrag von 1,30 Mk. auf 1,50 Mk. erhöht werden, ab 1. April, um vom 1. Juli die vollen Unterstützungen der Reise-, Arbeitslosen-, Umzugs- und Sterbegelder erhalten zu können. Im eigenen Interesse der Kollegen müssen sie eine solche Erhöhung ablehnen. Wir haben in unserem Verbands den höchsten Beitrag aller Gewerkschaften, der in keinem Verhältnis steht zu den Löhnen, die unsere Kollegen beziehen. Jeder Tagelöhner verdient heute mehr, abgesehen von den Metallarbeitern und anderen Branchen. Uns aber zumuten, einen Beitrag von 1,50 Mk. zu zahlen, damit man noch nicht mal in den Genuß sämtlicher Unterstützungen kommen kann, ist unbegreiflich. Es ist eine Bankrotterklärung des Verbandes durch den Hauptvorstand, der ihn beschönigen will, um noch mehr Gelder der Kollegen in dies faule Projekt hineinzustecken. Das müssen die Kollegen ablehnen. Statt dessen lerne man aus der Geschichte und stecke den Kopf nicht in den Sand. Das ganze wirtschaftliche und politische Leben ist revolutioniert deshalb darf man hier nicht achtlos vorbeigehen und alles genau so weiter machen, wie es früher war. Wir müssen endlich zur Gewerkschaft zurückkehren, das heißt: wir müssen reine Kampforganisationen schaffen und uns befreien von den vielen Unterstützungs-einrichtungen, die uns mit dem Ruin brachten. Zahlen wir höchstens 60 Pfg. Beitrag für die reinen Gewerkschaftsunterstützungen, wie Streik-, Arbeitslosen-, Umzugs-, Reise- und Rechtschutzunterstützungen und schulen unsere Mitglieder zu Klassenkämpfern in Wort und Schrift, dann werden die Mitglieder auch wieder Vertrauen gewinnen zur Gewerkschaft. Die besten Mitglieder, die überzeugtesten, werden das nur mit Freuden begrüßen. Mit diesen Mitgliedern läßt sich dann auch Propaganda machen für unsere Ziele. Halten wir aber an diesem System fest, wie es hier der Hauptvorstand und die Gauleiter tun wollen, dann werden die Mitglieder geradzuzerzogen, daß sie die Gewerkschaften nur als Unterstützungsvereine ansehen, wie es ja auch tatsächlich der Fall ist. Wie soll man überhaupt noch ein Mitglied gewinnen mit 1,50 Mk. Beitrag? Die anderen Beitragsklassen ziehe ich gar nicht in Betracht, da sie unwesentlich bei der Berechnung sind. Es ist direkte Irreführung, wenn man hier darlegt, wenn wir 20 Pfg. mehr erheben, dann ist der Verband gerettet. Bei 5000 Mitglieder, die wir jetzt haben, ist dieser Mehrbeitrag von 20 Pfg. so lächerlich gering, daß man staunt eine solche Begründung zu hören. Man wird eben nachher gezwungen sein, weiter Flickwerk zu betreiben und die Mitglieder werden stets die Leidtragenden sein. Deshalb bleibt nichts anderes übrig, als eine gründliche Reorganisation des Verbandes vorzunehmen, wie ich es vorschlagen habe. Daß dies der Hauptvorstand nicht will, glaube ich gerne, denn er hält fest am alten Zopf. Weiter ist auch notwendig, daß man sich frei macht von den während des Krieges eingeschlagenen Wegen, die zur Anpassung an die Regierungs-Behörden führten. Wenn in der »Graphischen Presse« Nr. 8 am Schluß des Leitartikels geschrieben wird: »Der Vorstand erwartet das Urteil der Mitglieder, die bei der jetzt ausgeschriebenen Urabstimmung über die bisherige Taktik entscheiden sollen«, so soll hier gesagt werden, daß das sehr zweideutig geschrieben ist. Soll damit auch die Haltung des Verbandes zur eingeschlagenen Kriegspolitik gemeint sein? Gerade weil der Vorstand eine, meiner Ansicht nach, arbeiterschädliche Politik unterstützt hat, kann kein Kollege mit ja stimmen. Ich erinnere hier nur an die Telegramme der Generalkommission, an den Reichskanzler und an General Gröner, an die Zustimmung zum Hilfsdienstgesetz, das die Arbeiter ihrer Freizügigkeit beraubt, und an den Beitritt der Gewerkschaften zum »Bund für Freiheit und Vaterland«, der für Annexionen eintritt.

In Gemeinschaft mit dem Bürgertum ist für die Arbeiterklasse nichts zu erreichen. Dem hat unser Verbandsvorstand ebenfalls zugestimmt in den Konferenzen der Verbandsvorstände. Deswegen bleibt nur für die Mitglieder das einzige übrig, unseren Verband umzugestalten in eine reine Kampforganisation. Die Politik des Vorstandes hat elend Schiffbruch gelitten. Bei der Verschmelzung mit dem Senefelder-Bund hat man uns gesagt, daß dies von großem Vorteil für die Kollegen sei. Die Kollegen, die davor warnten, wurden damals nicht ernst genommen, aber sie haben recht behalten, wie selbst der Vorstand jetzt eingesteht. Die Kämpfe in der Zukunft werden für die Kollegen gewiß recht große und schwierige werden. Um aber dem Unternehmertum stand halten zu können, müssen wir kein Flickwerk machen, sondern uns nur auf die kommenden »Kämpfe« einrichten und alles andere, das nur hemmen kann, beiseite lassen. Sehen die Unternehmer, daß wir eine reine Kampforganisation einrichten, dann werden sie ganz andere Berechnungen machen müssen, um die Kollegen klein zu bekommen. So wissen die Unternehmer aber ganz genau, daß wir mit unseren Unterstützungseinrichtungen so beschwert sind, daß wir gewerkschaftlich keine ernsthaften Kämpfe bestehen können. Das sollten wir selber einsehen und danach handeln. Wer dieses will, der muß die Vorlage des Vorstandes ablehnen. Wer weiter mit vielen tausenden Kollegen der Meinung ist, daß wir ein Urteil fällen sollen über die Taktik des Vorstandes während des Krieges, der stimme wie es tausende Kollegen tun werden, mit einem lauten

»Nein«.

Friedrich Schnellbacher, Hanau a. M.

Nachwort. Unser Kollege Schnellbacher hat in erfreulicher Offenheit seine Gegnerschaft gegen den Vorschlag des Verbandsvorstandes auf Beitragserhöhung dargelegt; er wird es auch uns nicht verargen, wenn wir so kurz als es irgend möglich ist, unsere Meinung dazu äußern. Zunächst die Bankrotterklärung des Verbandes. Die ist allerdings erfolgt, aber nicht jetzt, sondern bereits am Anfang des Krieges. Haben wir jemals ein Hehl daraus gemacht? War die damalige Einstellung der Auszahlung der statutarischen Unterstützungen, die Aufnahme des großen Darlehens nicht die ehrlichste Erklärung über den Stand des Verbandes? Damals wußte doch beinahe ganz Deutschland unsere Lage, so wenig haben wir versucht etwas zu vertuschen. Kollege Schnellbacher kommt also mit seiner neuen Entdeckung reichlich spät. Doch weiter, Kollege Schnellbacher nennt die Begründung des Hauptvorstandes für seinen Vorschlag auf Beitragserhöhung »faul und lendenlahm«; das ist von seinem Standpunkt aus durchaus konsequent und richtig. So ist auch seine übrige Beweisführung durchaus folgerichtig.

Falsch ist nur seine Forderung selbst, die auf Herstellung einer Kampforganisation mit rein gewerkschaftlichen Unterstützungen hinausgeht. Ja, das sind wir doch bis zum Jahre 1905 gewesen! Aber wir wären vielleicht noch auf Jahrzehnte hinaus nur ein Teil der Kollegenschaft geblieben; wir hätten mit dieser Form der Gewerkschaft kaum jemals das Ziel, mindestens 90 Proz. aller Kollegen in unserer Organisation zu vereinen erreicht, wie es uns durch die Unterstützungseinrichtungen zum Teil tatsächlich möglich gewesen ist.

Vor wenigen Wodien ist der eigentliche Vater der weitgehenden Unterstützungseinrichtungen, Emil Döblin, zu Grabe getragen worden. Dabei fiel von einem Vertreter des Buchdruckerverbandes das Wort: »Der Aufstieg unseres Verbandes begann mit der Einführung des ausgebauten Unterstützungswesens.« — Bei uns und in den anderen Gewerkschaften war es nicht anders. Nicht nur wir, auch andere Gewerkschaften haben bei Ausbruch des Krieges stark gelitten. Nirgends aber sehen wir die Absicht, die Unterstützungseinrichtungen abzubauen; im Gegenteil! Am Ausbau der Unterstützungseinrichtungen ist man sehr lebhafte tätig.

Kollege Schnellbacher verlangt reine Kampforganisationen. Wenn das möglich wäre, wir wären die letzten, die nicht sofort dazu bereit wären. Weis aber Kollege Schnellbacher nichts davon, daß man uns zu Anfang des Krieges die erbittertesten Vorwürfe darüber gemacht hat, daß wir angeblich zu viel gestreikt hätten?

Für das, was wir tun, muß immer, darin wird uns auch Kollege Schnellbacher beipflichten, die große Mehrheit der Kollegen zu haben sein. Da scheint er uns allerdings die Menschen durch eine mit Goldrand versehene idealistische Brille zu betrachten. Versuchen sie die bitte einmal abzusetzen, und sie werden erstaunt bemerken, daß die Dinge in Wirklichkeit ganz anders aussehen. Es gibt in Deutschland eine Gewerkschaft, in der die Mitglieder an radikaler Gesinnung, aber auch an politischem Interesse nur wenig zu wünschen übrig lassen. Es war derselbe Bauarbeiterverband, der am wenigsten gewerkschaftliche Unterstützungseinrichtungen, am meisten harte Kämpfe und dessen Mitglieder, als der Krieg ausbrach, immer zehntausendweise den Verband verließen; der aber auch jetzt nicht nur an einen Ausbau seiner Unterstützungseinrichtungen auf der jetzt stattfindenden Generalversammlung heranging, sondern

der auch mit einer fast einstimmigen Entschließung die Taktik des Verbandes und damit, erschrecken Sie nicht, Kollege Schnellbacher, auch die Taktik der Generalkommission gut hieß.

Und nun in unserem Verbandsverbande Wer wollte unseren Kollegen nachsagen, daß sie sich verhältnismäßig stark am politischen Leben beteiligen? Dagegen sprechen alle beruflichen Erfahrungen und die früher öfter aufgenommenen Statistiken. Dagegen sprechen auch die Erfahrungen zu Anfang des Krieges und die schon vorhergenannten vor der Verschmelzung. Mit dieser Idee der reinen Kampforganisation, wie sie jetzt in Stuttgart zum Gaudium der Unternehmer gegründet worden ist, wird nur eine kleine Sekte einverstanden sein. Sie vollends gar in unserem Verbandsverbande wollen verrät eine Menschenkenntnis und berufliche Unerfahrenheit, die Mitleid erweckt. Nur wer vollständig den Blick für die Wirklichkeit verloren hat, könnte solch einen Plan durchzusetzen versuchen.

Und warum dieser Plan? Haben wir denn nicht genug Kämpfe in unserem Verband gehabt. Gibt es denn nicht in- und außerhalb unseres Verbandes genügend Leute, die uns gerade daraus einen Vorwurf machen? Jedenfalls gehört eine besondere Blindheit dazu, zu sagen, uns hätten die Unterstützungseinrichtungen am Kampfe gehindert.

Gänzlich auf dem Holzwege ist Kollege Schnellbacher aber, wenn er meint, die Urabstimmung hätte die Aufgabe, eine Abstimmung über die allgemeinpolitische Haltung des Verbandsvorstandes und damit über die der Generalkommission der Gewerkschaften zu geben. Das beweist, mit welcher vorgefaßten Meinung Schnellbacher an die Lektüre sowohl der Artikel der »Graphischen Presse« als auch an das Rundschreiben der Generalkommission herangegangen ist. Wenn wir darin von Taktik sprachen, so meinten wir nur die Taktik des Hauptvorstandes, die darauf hinausging, eben für rein gewerkschaftliche Aufgaben, für die mit Sicherheit zu erwartende große Arbeitslosigkeit am Ende des Krieges Vorsorge zu treffen und diese Periode nicht zu einem abermaligen Zusammenbruch des Verbandes führen zu lassen. Wir wollen die heimkehrenden Kollegen, aber auch die jetzt in Arbeit befindlichen, die dann entlassen werden könnten, vor der Herabdrückung ihrer Lebenshaltung durch die Unternehmer schützen. Und gegen diese rein gewerkschaftliche Aufgabe wendet sich ein Kollege, der uns eine Organisationsform empfiehlt, — die nur gewerkschaftliche Arbeit zu leisten hätte. Das begreife wer mag!

Hat so Schnellbacher unsere ganze Absicht mit der Beitragserhöhung und Urabstimmung verkannt, so dürfen wir uns auch nicht wundern, daß er sagt, mit 20 Pfg. Mehrbeitrag könne der Verband nicht gerettet werden. Sie sollen doch nur dazu dienen jene von uns genannte gewerkschaftliche Aufgabe für die Übergangszeit zu ermöglichen. Mit den noch vorhandenen 5000 Mitgliedern den Verband reorganisieren zu wollen, ist uns allerdings nicht eingefallen. Das ist vielmehr eine Aufgabe, die erst nach der Wiederkehr aller Kollegen aus dem Felde durchgeführt werden kann. Bis dahin möchten wir aber Kollege Schnellbacher bitten, sein Material über die angeblich falsche Taktik der Generalkommission aufzuheben. Wie wir uns bisher bemüht haben, die politischen Differenzen in der Auffassung in unserer »Presse« nicht zum Austrag zu bringen, so möchten es wir auch ferner halten. Gerade weil unser Verband in der Kriegszeit so unsagbar gelitten hat, wollen wir uns nicht noch den Luxus erlauben, uns durch solche Debatten die so dringend notwendige gewerkschaftliche Arbeit in unserem Gewerbe zu vereiteln.

Die Redaktion.

Ortsberichte.

Leipzig, Allgemeine Versammlung. Am 22. Februar dieses Jahres versammelten sich die Kollegen Leipzigs, um den Jahresbericht der Verwaltung entgegen zu nehmen. Aus den Ausführungen des Kollegen *Herbst* geben wir folgendes wieder: Die Zahl der Gehilfen ist seit dem 1. April 1914 auf 30,6 Proz. zurückgegangen. Abgesehen vom Formstich, der beinahe ganz verschwunden ist, haben die Lithographen, zu denen die Kartographie, Kupferstecher und Zeichner gerechnet sind, am meisten gelitten. Am günstigsten ist der Stand in der Chemigraphie. Die Zahl der Lehrlinge ist im ganzen auf 63,7 Proz. zurückgegangen und ist besonders bei den Lithographen auffallend niedrig, trotzdem die Firma Eckert & Pflug mit 19 Zeichnerlehrlingen darin enthalten ist. Von den Betrieben sind noch 65,6 Proz. im Gange, während 57 Firmen geschlossen sind. Die Arbeiterzahl ging um 2/3, die Betriebszahl nur um 1/3 zurück, was eine beträchtliche Minderbeschäftigung ergibt. Außerordentlich gering ist die Zahl der beschäftigten Lithographen, aber auch in den anderen Berufsgruppen macht sich die technische Entwicklung geltend. Die Lehrlingsausbildung in den Betrieben läßt außerordentlich viel zu wünschen übrig. Die berufliche Lage ist im allgemeinen recht schlecht. Wenn trotzdem im ganzen Jahre Arbeitermangel herrschte, so hat das lediglich in den starken Einziehungen seinen Grund. Neuerdings aber führt der Papiermangel zu Betriebsbeschränkungen, und ist es nicht ausgeschlossen, daß wir dadurch zu einer größeren Arbeitslosigkeit kommen könnten.

Die Mitgliederzahl hat sich im laufenden Geschäftsjahre um 37 vermindert. Die Lehrlingsabteilung nahm im selben Jahre um 19 Mitglieder ab. Es ist mit allen Mitteln versucht worden den Betrieb der Lehrlingsabteilung aufrecht zu erhalten, leider nur mit geringem Erfolg. Verschiedentlich hat der Ortsvorstand auf Ersuchen der Eltern der Lehrlinge, mit den Firmen verhandelt; auch zu gerichtlichen Verhandlungen ist es dabei gekommen.

Redner erwähnte auch den verloren gegangenen Bußtagsprozeß, der das Gute gezeitigt hat, daß eine Verfügung des Ministeriums dahin erging, in künftigen Fällen den Bußtag um eine Woche zu verschieben, also nicht auf einen Sonntag zu verlegen. Weibliche Ersatzkräfte sind zur Zeit in Leipzig 24 beschäftigt. Wie hier die Erfahrungen hinter unseren trüben Erwartungen zurückgeblieben sind, so auch im Hilfsdienst. Nur in einem Falle mußte ein Kollege vor dem Schiedsausfluß vertreten werden. Dieser erhielt den Abkehrschein nicht, weil die Firma eine Lohnerhöhung von 14 Mk. zusagte.

Hauptsächlich beschäftigte sich der Ortsvorstand aber mit der Lohnfrage. Zur Erreichung besserer Löhne wurden alle nur denkbaren Wege eingeschlagen. Das hat dazu geführt, daß wir jetzt mit einer Erhöhung des wöchentlichen Einkommens um 15 Mk. rechnen können. Der ungünstige Stand bei den Lithographen ist auf die schlechte Berufslage, bei den Lichtdruckern auf Gleichgültigkeit zurückzuführen. Redner kam dann noch auf die Zeit des Überganges zu sprechen, auf die dann drohende Arbeitslosigkeit, die den Verbandsvorstand veranlaßt habe eine Beitragserhöhung von 20 Pfg. zur Stärkung des Kampffonds vorzuschlagen, worüber durch Urabstimmung entschieden werden soll.

Da eine Aussprache nicht gewünscht wurde, gab Kollege *Herbst* im Anschluß daran den Kassenbericht, der einstimmig genehmigt wurde.

Lebhafter war die Aussprache nach dem Kartellbericht des Kollegen *Arnold*. Es wurde eine Resolution eingebracht, die scharfen Protest gegen

den Beitritt der Generalkommission zum Volksbund für Freiheit und Vaterland erhob. Sie wurde aber wieder zurückgezogen, weil über die Stellung unserer Gewerkschaft erst Erkundigung beim Hauptvorstand eingegeben werden sollte. Danach wurden vier Kollegen als Vertreter für das Kartell gewählt. Nachdem auch noch die Wahl der Revisoren vorgenommen wurde, fand die mäßig besuchte Versammlung ihren Abschluß.

Photogr. Mitarbeiter.

Zu Professor Emmerichs Abgang.

Durch die verschiedensten Photographischen Zeitschriften war die Mitteilung gegangen, daß Professor Emmerich von der Leitung der Münchener Lehr- und Versuchsanstalt für Photographie in absehbarer Zeit zurücktreten würde. Auch uns war diese Nachricht zugegangen. Wir glaubten aber, es handle sich, wie schon vielfach bei derartigen Dingen in photographischen Kreisen, um unkontrollierbare fromme Wünsche gewisser Kreise, und legten uns deshalb Reserve auf. Im Februarheft der »Photographischen Kunst« gibt nun Professor Emmerich seinen Freunden selbst die Bestätigung, daß es wohl an dem ist, und daß er schon jetzt von der Leitung dieser Anstalt entbunden ist. Wir kennen nicht die Gründe der aus Differenzen entstandenen Tatsache, glauben aber sie wiederum in kleinlichen Gesichtspunkten vermuten zu dürfen. Ein Urteil hierüber muß ausgesetzt werden, bis die Öffentlichkeit, die an den Gründen zweifellos ein Interesse hat, näheres erfährt. — Obschon wir im Laufe der Jahre mit der Stellungnahme des bisherigen Direktors der Münchener Anstalt gegenüber der Gehilfenschaft wiederholt nicht einverstanden sein konnten, erkennen wir dessen organisatorische und für die Hebung unseres Kunstgewerbes erspriessliche Tätigkeit gern an. Wir wollen aber nicht verhehlen, daß wir in Bezug auf künstlerische Ausbildung uns vielfach von anderen Gesichtspunkten leiten lassen, wie sie von Professor Emmerich bisher vertreten wurden. Vielleicht bietet sich Gelegenheit darauf zurückzukommen, wenn die Gründe des Rücktritts Professor Emmerichs bekannt geworden sind. H.

Eingegangene Gelder.

Für das 4. Quartal 1917 gingen noch folgende Beiträge ein:

- Altenburg 19,30, Augsburg 50,—, Coswig 35,—, Dortmund 27,—, Düren 61,80, Ebersbach 110,—, Erfurt 225,—, Essen 200,—, Forbach 116,85, Frankfurt a. O. 170,—, Gera 50,—, Hanau 200,—, Heidelberg 30,—, Iserlohn 151,—, Kiel 275,—, Kaufbeuren 120,—, Lüdenscheid 50,—, Mannheim 2. Rate 97,97, Meissen 100,—, Mülgen 90,—, München I, 1100,—, München III, 312,23, Neurode 100,—, Nürnberg II, 2. Rate 200,—, Reichenbach 80,—, Saalfeld 150,—, Stettin 2. Rate 86,11, Stuttgart I, 2. Rate 363,13, Trier 2. Rate 160,66, Ulm 30,—, Würzburg 200,— und Zeitz 180,—.

Für das 1. Quartal 1918 wurden folgende Beiträge eingegangen:

- Aschaffenburg 100,—, Bielefeld 135,60, Brändenburg 330,—, Crefeld 34,52, Dresden 1000,—, Düsseldorf 300,—, Fürth 250,—, Halberstadt 100,—, Halle 150,—, Hannover 1000,—, Karlsruhe 200,—, Leipzig 4000,—, Magdeburg 450,—, München II, 1000,—, Stuttgart I, 200,—, Stuttgart II, 200,—, Viersen 50,—, und Zwickau 130,—.

Berlin, den 18. März 1918. *Wilh. Brall.*

Stellenangebote

Schwarz-Drucker

wird gesucht von

Labisch & Co.,
Berlin, Schilderstraße 5.

Schwarz- u. Strichätzer sowie 1 Nachschneider

werden sofort eingestellt. Auch benötigen wir Vierfarbenätzer, die dazu übergehen wollen, einzurichten.

Wir erbitten sofort ausführliche Angebote mit allen Einzelheiten an:
Markert & Sohn, Graphische Werke, Dresden,
Pillnitzer-Straße 48-50.

Anfang Februar habe ich hier in **Potsdam, Jäger-Allee 14,**

ein Wein-, Bier- und Kaffee-Restaurant mit schönem Vorgarten und einigen Fremden-Zimmern übernommen,

5 Minuten vom Park Sanssouci entfernt,
was ich den Kollegen bei Ausflügen nach hier bestens empfehle.
O. Hegewald, Steindrucker,
langjähriges Mitglied des Vereins.

Strichätzer

der auch kopieren kann, sofort verlangt.

Rich. Labisch & Eisler,
Hamburg,
Mönckebergstraße 8.

Neu! „Fett-Extrakt“ Neu!

Unentbehrlich zum Verdrucken der jetzigen fettarmen Firnisse und Farben, dieselben drucken durch einen Fett-Extrakt-Zusatz wie früher Friedensware. Merkantil-Zeichenplatten, Raster, Kreide, usw. erhält bis zur höchsten Auflage den feinsten Punkt und Strich, auch bei weichen kalkfleckigen Steinen. Übertreift in jeder Beziehung Stearin-Öl, welches doppelt so teuer. Fett-Extrakt hat hellbraune Farbe.

Kg. Mk. 8,50 gegen Nachnahme.

- Nachbestellungen liefern ein: L & Co. Hannover 50 Kg.;
W & N Leipzig 5 Kg.; G. W Cassel 5 Kg.;
G & D Leipzig 5 Kg.; G. L Fürth 5 Kg.;
A F Breslau 5 Kg.; K. & S Niedersiedlitz 5 Kg.;
W & S Stuttgart 3 Kg.; F. A Berlin 2 Kg.;
S & N Dresden 2 Kg. u. s. w.

F. Hantke, Hamburg 22, Heinskamp 6.

Schnuhr's flüssiger Steingummi

bietet vollen Ersatz für echten Gummi arabicum, nicht als Klebstoff, sondern zum Präparieren von Lithographie-Steinen, Zink- und Aluminium-Platten. Anwendung und Wirkung ohne Unterschied gegenüber Naturgummi. Die Ware ist ausprobiert gut, wofür Zeugnisse zu Diensten stehen. Per Kilo Mark 7,50.

H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49.
Chemisch-technische Druckpräparate.